

# Posener Zeitung.

N<sup>o</sup> 87.

Sonntag den 15. April.

Das  
Abonnement  
beträgt vierteljährlich für die Stadt  
Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen  
1 Rthlr. 7 Sgr. 6 Pf.

Insertionsgebühren  
1 Sgr. 3 Pf. für die viergesaltene  
Zeile.

1849.

## Inland.

Berlin, den 13. April. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: dem Gouvernements-Rath, Justizrath Krenzberg, zu Königsberg in Pr., den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem praktischen Arzte Dr. Freybe in Nordhausen und dem Ober-Granz-Controllleur Gensichen zu Pappos, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; so wie dem bei der Gewehr-Fabrik zu Potsdam angestellten Büchsenmacher und Härtemeister Meyer das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Der bisherige Patrimonial-Landrichter Baste zu Tapiau ist zum Rechtsanwalt bei den Gerichten der Kreise Braunsberg und Heiligenbeil, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Braunsberg, und zugleich zum Notar im Departement des künftigen Appellationsgerichts zu Königsberg in Pr., vom 1. Mai d. J. ab, ernannt worden.

Der Fürst Karl von Lichnowsky ist von Ratibor hier angekommen.

Berlin, den 14. April. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: dem Rittergutsbesitzer von Salisch auf Jeschütz, im Kreise Trebnitz, den St. Johanner-Orden zu verleihen.

Der Rechtsanwalt Wolff in Lieberose ist zugleich zum Notar in dem Departement des Appellationsgerichts zu Frankfurt a. d. O.; der bisherige Justitiarius Hecht in Seelow zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgerichte in Zielentz; der bisherige Obergerichts-Referendar Lang zu Breslau zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgerichte zu Waldenburg und zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Breslau ernannt worden.

Se. Excellenz der Wirkliche Geheime Rath Graf von Renard, ist von Breslau hier angekommen. — Se. Excellenz der Wirkliche Geheime Rath Camphausen, ist nach Frankfurt a. M. abgereist.

Berlin, den 11. April. Um die vom Westen her nach dem Kanal kommenden Deutschen Schiffe von den Dänischseits angeordneten feindseligen Maßregeln schnellst zu unterrichten und zu warnen, ist bereits von London aus durch die Vermittelung der dortigen Preussischen Gesandtschaft das schnellsegelnde Dampfschiff „William Gunflow“ von 60 Pferde Kraft nach dem Kanal entsendet. Ferner ist zu noch mehrerer Vorkehrung am 5. d. M. ein zweites Englisches Dampfschiff „Britannia“ von Dover in See gegangen, um im Kanal zu kreuzen. Endlich sind die Boote in den am Kanal gelegenen Englischen Häfen angewiesen, den Capitainen der ihnen begegnenden oder dort anlaufenden Deutschen Schiffe die geeigneten Warnungen zukommen zu lassen. Es steht zu hoffen, daß diese zeitig angeordneten Maßregeln dazu beitragen werden, das Interesse des Deutschen Handels und der Rhederei möglichst zu wahren.

Berlin, den 13. April. Aus Gotha wird gemeldet, daß in den nächsten Tagen eine zahlreiche Deputation von Bürgern sich von da nach Berlin begeben wird, um Se. Majestät den König zur Annahme der ihm angetragenen Kaiserwürde zu bewegen. Von hier aus wird, wie wir hören, die Deputation auf den Kriegsschauplatz nach Schleswig eilen, um ihrem tapferen Herzog zu der unter seinem Commando ausgeführten glorreichen Waffenthat Glück zu wünschen.

Man spricht von einer neuen Circular-Note, welche unsere Regierung so eben an die deutschen Höfe erlassen, in welcher Preußen sich entschieden für die Herstellung eines engeren deutschen Bundesstaats und für die baldige Verständigung mit der deutschen Nationalversammlung, auch auf die Gefahr hin, daß Oesterreich sich diesem Bunde nicht anschließen sollte, ausspricht. Die Fürsten werden darin dringend aufgefordert, sich endlich einmal offen zu erklären, wie sie es in dieser Beziehung gehalten wissen wollen.

Die Art, wie in der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer der Abgeordneten v. Mantuffel auf die scharfe Interpellation an die äußerste Rechte eine solche Mißstimmung über das ganze Ministerium verbreitet, daß es kaum möglich ist, daß es in solcher Weise länger fortbesteht. Dies darf um so weniger statt haben, da jetzt Deutschland mit noch wahrerem Auge auf alle hiesigen Vorgänge und Autoritäten blickt, und wir vor allen Dingen eines Ministerii bedürfen, welches Ansehen in den beiden Kammern hat, und zwar dadurch am meisten, daß es die eigenen preussischen und die deutschen Angelegenheiten in würdiger Weise vertritt. Wir fragen aber einen Jeden, der mit unbefangenen Auge sieht, ob ein Auftreten in der Kammer, wie es gestern von Seiten des Ministers Mantuffel geschehen ist, die Achtung unseres Landes in Deutschland zu erhöhen geeignet ist.

Um der Leinwand-Fabrikation Schlesiens eine Abzugquelle zu eröffnen, hat die Seehandlung ihren Agenten Frn. Dehmann auf eine europäische Geschäftsreise ausgesandt. Derselbe hat sich kürzlich über Hamburg nach London und Paris begeben, von wo er seine Reise noch weiter ausdehnen wird.

Die bekannte Louise Alton, zweimal aus Berlin verwiesen, ist auf der Reise nach der Schweiz begriffen, um in ländlicher Abgeschiedenheit ihren neuen Roman „Proletariat und Aristokratie“

zu vollenden und alsdann „Reisebilder“ zu schreiben. In ihrer Begleitung sind zwei junge Wiener Flüchtlinge.

Der Gesetzentwurf, betreffend die Verhütung eines, die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechts, wie er nach der Berathung in den Abtheilungen von der Centralkommission abgeändert und gefaßt worden ist, lautet:

§. 1. Von allen Versammlungen, in welchen öffentliche Angelegenheiten erörtert oder berathen werden, hat der Vorsteher, Unterthemer, Ordner, Leiter oder der Inhaber des Versammlungslokalen mindestens 24 Stunden vor dem Beginn der Versammlung unter Angabe des Ortes und der Zeit derselben, Anzeige bei der Orts-Polizeibehörde zu machen, welche darüber sofort eine Bescheinigung zu ertheilen hat.

§. 2. Polizeibeamte dürfen solchen Versammlungen nur in ihrer Dienstkleidung oder unter ausdrücklicher Kundgebung ihrer dienstlichen Eigenschaft beiwohnen.

§. 3. Die Orts-Polizeibehörde ist befugt, in jede solche Versammlung zwei Polizeibeamte oder zwei durch besondere Abzeichen erkennbare Abgeordnete zu senden, denen ein angemessener Platz einzuräumen ist.

§. 4. Versammlungen, in denen Anträge oder Vorschläge erörtert werden, die eine Aufregung zu Verbrechen oder Vergehen enthalten, sind die Abgeordneten der Polizeibehörde sofort aufzulösen befugt; unbeschadet des gegen die Theilnehmer gesetzlich einzuleitenden Strafverfahrens.

§. 5. Sobald der Abgeordnete der Polizei-Behörde die Versammlung für aufgelöst erklärt hat, sind alle Anwesenden verpflichtet, sich sofort zu entfernen. Diese Aufforderung kann nöthigenfalls durch die bewaffnete Macht zur Ausführung gebracht werden.

§. 6. Niemand darf, ohne daß ihn sein Amtes- oder Dienstverhältniß dazu berechtigt, bewaffnet in einer Versammlung erscheinen.

§. 7. Die Vorsteher solcher Vereine, welche eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken, sind verpflichtet, Statuten über Verfassung und Wirksamkeit des Vereins, sowie alle Abänderungen, binnen 3 Tagen, nachdem sie zu Stande gekommen, der Orts-Polizeibehörde zur Kenntnissnahme einzureichen, derselben auch auf Erfordern jede darauf bezügliche Auskunft zu ertheilen. Auf die Zusammenkünfte solcher Vereine finden die Bestimmungen §§. 1, 3, 4, 5, 6 dieses Gesetzes ebenfalls Anwendung, mit der Maßgabe, daß es der im §. 1 vorgesehenen Anzeige nicht bedarf, wenn Zeit und Ort statutenmäßig oder durch einen befondern zur Kenntniss der Orts-Polizeibehörde gebrachten Beschluß im Voraus feststehen.

§. 8. Die Bestimmungen der §§. 1—6 dieses Gesetzes finden bei öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel auch dann Anwendung, wenn darin andere, als öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollen.

§. 9. Die Orts-Polizeibehörde ist befugt, jede Versammlung unter freiem Himmel bei dringender Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung zu verbieten. Das Verbot muß schriftlich abgefaßt sein.

§. 10. Während der Dauer der Sitzungsperiode beider Kammern dürfen innerhalb der Entfernung von 5 Meilen vom Orte des Sitzes derselben Versammlungen unter freiem Himmel nicht stattfinden.

§. 11. Versammlungen bedürfen der vorgängigen Genehmigung der Orts-Polizeibehörde, wenn sie auf öffentlichen Plätzen in Städten und Ortschaften oder auf Straßen stattfinden sollen.

§. 12. Diesen Versammlungen werden öffentliche Aufzüge gleichgestellt; bei Erhaltung der Anzeige oder Einholung der Genehmigung ist der beabsichtigte Weg anzugeben. Gewöhnliche Leichenbegängnisse, sowie die Züge der Hochzeitsversammlungen nach und aus der Kirche, wo diese hergebracht sind, werden jedoch nicht hierher gerechnet. Auch bei kirchlichen Prozessionen, Wallfahrten und Bittgängen bedarf es der vorherigen Anzeige und Genehmigung nicht, wenn diese in der hergebrachten Art stattfinden.

§. 13. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der §§. 1, 3 und 7 dieses Gesetzes ziehen eine Strafe bis zu 50 Thlr. oder im Unvermögensfall Gefängniß bis zu 4 Wochen nach sich.

§. 14. Wer der Bestimmung des §. 5 zuwiderhandelt, hat Geldbuße bis zu 100 Thlr. oder Gefängniß bis zu 3 Monaten verwirkt.

§. 15. Ist die Versammlung unter freiem Himmel von der Orts-Polizeibehörde untersagt, oder den Vorschriften der §§. 10 und 11 zuwider unternommen, so hat jeder, welcher dazu auffordert oder auffordern läßt, oder darin als Ordner, Leiter oder im Fall des §. 10 auch nur als Redner thätig ist, eine Geldstrafe bis zu 100 Thlr. oder Gefängniß bis zu 3 Monaten verwirkt. Gleiche Strafe trifft denjenigen, der im Falle der §§. 9 und 11 als Redner thätig ist, insofern das Verbot gehörig bekannt gemacht war. Wer an einer in Folge der §§. 9, 10 und 11 dieses Gesetzes untersagten Versammlung Theil nimmt, unterliegt eine Geldbuße bis zu 5 Thlr. Diese Strafe tritt rückwärts der Theilnahme an den in Gemäßheit der §§. 9 und 11 verbotenen Versammlungen jedoch nur dann ein, wenn dieses Verbot vorher gehörig bekannt gemacht worden war.

§. 16. Wer auffordert, in einer Versammlung mit Waffen zu erscheinen, oder die Aufforderung hierzu verbreiten läßt, oder in einer Versammlung Waffen aushiebt, ist mit Gefängniß von 6 Wochen bis zu einem Jahre zu bestrafen.

§. 17. Wer gegen das Verbot des §. 6. an Versammlungen bewaffnet Theil nimmt, wird mit Gefängniß bis zu 6 Monaten bestraft.

§. 18. Auf die durch das Gesetz oder die gesetzlichen Autoritäten angeordneten Versammlungen, sowie auf Versammlungen von Gemeinde-, Kreis-, Bezirks-, Provinzial- und Volksvertretern und der Wahlmänner dieser letztern finden die vorstehenden Bestimmungen keine Anwendung.

(v. Fock Scherer (Referent). Pflücker. Velher.  
v. Dewitz. Hoeppe. Riitte.)

Swinemünde, den 18. April. Heute Nachmittag wurden, dem Lande zusehend, eine dänische Fregatte und Corvette signalisirt, worauf der Komodore Schröder mit dem Dampfsboot „die Ober“ den Hafen verließ und jenen Schiffen entgegenfuhr, während die Kanonenböte sich in Bewegung setzten und bis in die See hineinfolgten. Pöglisch, etwa 1 Meile vom Lande entfernt, wendete zuerst die Fregatte und in größerem Abstand die Corvette um, in Folge dessen auch das Dampfsboot „die Ober“ umkehrte und nebst den Kanonenböten Abends in den Hafen retourierte. (Off. Ztg.)

Unsere Diebe, namentlich die professionirten Einbrecher, haben in neuerer Zeit meist Waffen bei sich geführt, wenn sie auf Diebstähle ausgingen. In der Regel besaßen dieselben in langen Messern oder dolchartigen Instrumenten. Es ist mehrere Male vorgekommen, daß sie, auf der That ertappt, von ihren Waffen Gebrauch gemacht haben, um sich den Verfolgungen zu entziehen. Nur in den seltensten Fällen sind die Diebe hierbei durch die Flucht entkommen. Der bloße Besitz von Waffen bei einem gewaltsamen Diebstahl, und wenn noch gar kein Gebrauch von denselben gemacht worden ist, wird außer der durch den Diebstahl verwirkten Strafe noch durch Verlängerung der Dauer von sechs Monaten bis zwei Jahren bestraft. Das Kriminalgericht hat in der letzten Zeit mehrere solcher Diebe zu harten Strafen verurtheilt und in den Urteilsgründen stets die Führung der Waffen als einen sehr erheblichen Verschärfungsgrund hervorgehoben. Ein derartiger Fall kam heute bei der fünften Abtheilung des gedachten Gerichts zur Verhandlung. Es betraf den Dieb, welcher im Januar d. J. in der kleinen Jägerstraße einen Diebstahl verübte, und auf der Flucht einem Straßengelehrten, der ihn festnehmen wollte, mit einem Messer einen Stich ins Gesicht versetzte. Der Verletzte befand sich unter den Zeugen. Nach dem Gutachten der Aerzte dürfte er Zeitlebens an dem früheren Gebrauche seiner Zunge behindert sein. Das Gericht erachtete das vorliegende lange Messer als in die Kategorie der gefährlichen Waffen gehörend und verurtheilte den Angeklagten für den Diebstahl und die Körperbeschädigung zusammen, zu dem höchst möglichen gesetzlichen Strafgrade, nämlich zu einer sechs und ein halbjährigen Strazarbeit. (N. Z.)

Harburg, den 10. April. Mit dem heute Mittag abgegangenen Bahnzuge ist die Dänische Flagge der Fregatte „Gefion“ pr. Courier hier durch nach Frankfurt a. M. befördert worden.

Altona, den 10. April. Die öffentlichen Gebäude in Rendsburg sind gegenwärtig fast ganz mit den Dänischen Gefangenen, welche bei Eckernförde in unsere Hände fielen, überfüllt. Es heißt jedoch, daß diese Gefangenen, deren Zahl sich, wie man aufs bestimmteste versichert, auf etwas mehr als 1100 Mann beläuft, nach Stade transportirt werden sollen. Nach anderen Angaben wird Magdeburg als einstweiliger Aufenthaltsort derselben bezeichnet.

Das im Eckernförder Busen aus dem Meerespiegel hervorragende Gerippe des Linienschiffes „Christian VIII.“ soll einen unangenehmen Anblick gewähren und man will noch am gestrigen Tage aus demselben emporsteigende Rauchsäulen bemerkt haben.

Altona, den 11. April. Der Bahnzug von Rendsburg bringt heute Abend die Nachricht, daß die schleswig-holsteinische Brigade unter Anführung des Generals v. Bonin gestern in Jütland eingerückt ist und Kolding besetzt hat, um heute den Marsch nach Veile fortzusetzen.

Kiel, den 10. April. Der Herzog von Coburg hat dem Capitain Meyer vor der Abfahrt nach Rendsburg seinen Degen wieder überreichen lassen. — Außer den früher angeführten Gründen der Niederlage darf auch besonders auf das überaus schlechte Schießen der Dänen hingewiesen werden. Die Mannschaft des Christian VIII. war erst seit Kurzem an Bord, bestand zum Theil aus Fischern, Fährleuten u. dergl. Leuten, welche nie ein großes Schiff bestiegen hatten. — Man hat den Offizieren der Kriegsschiffe ihre vollständige Equipage unverfügt gelassen. — Die Kriegskasse der Gefion, etwa 4000 Rthlr., ist vor der Besetzung des Schiffes von den dänischen Offizieren unter die Mannschaft vertheilt worden.

Rendsburg, den 7. April. Nachdem „Christian VIII.“ in die Luft gesprengt war, haben von der Klasse der Fischer und Arbeiter, so wie auch andere Personen aus der Stadt und Umgegend, verschiedene dem Getränke nahe Dänische Seelen mit großer Entschlossenheit und Aufopferung dem Tod in den Wellen entzissen. Die Trümmer des Schiffes wurden Anfangs als gute Beute vom Volke behandelt, jetzt aber werden sie militärisch bewacht und geborgen. Es wird nicht schwer sein, sobald einmal ein niedriger Wasserstand eintritt, von den Kanonen und dem reichen Inventar des Schiffes einen großen Theil aufzufischen. Die „Gefion“ hat von unseren Geschützen



ungeheuer gelitten. In dem Spiegel des Schiffes zählte man allein 25 Schiffe, die nach den Aussagen der Gefangenen von mörderischer Wirkung gewesen sind. Von den Verwundeten haben einige 30 amputiert werden müssen. Von den Landtruppen waren am Bord des „Christian VIII.“ 100 Mann, und auf „Gefion“ 43, die gewöhnliche Wachmannschaft auf Kriegsschiffen.

— Heute rückte hier ein sehr schönes Bataillon Bayern, die Musik „Schleswig-Holstein“ spielend, ein. Morgen rücken Preußen nach. Aus dem Norden hört man wenig. Die in Nord-Schleswig eingerückten Dänen kommandirt General Rye, ein vieljähriger Offizier unserer alten Garnison.

— (Abends 9 Uhr.) So eben werden hier noch 4 Dänische See-Offiziere eingebracht, welche sich auf der „Gefion“ versteckt hatten.

— Wir sind in den Stand gesetzt, Ihren Lesern den Bericht mittheilen zu können, welchen der Höchstkommendirende auf dem Linienschiff Christian VIII. unmittelbar nach der großen Katastrophe an das dänische Ministerium erstattet hat.

Cöternförde, den 5. April 1849.

„Unterthäniger Bericht. Niemals hatte ich ein so grüßliches Unglück erleben zu sollen geglaubt, als mir heute widerfahren durch den Verlust des herrlichen Schiffes Christian VIII., welches zugleich mit der Fregatte Gefion vor der feindlichen Uebermacht (!) die Segel hat streichen müssen, nachdem beiden Schiffen Rumpf und Takelage gänzlich zu Grunde gerichtet waren und das Linienschiff in Schußweite vom Lande südlich von der Stadt Cöternförde vom Ostwinde auf den Grund getrieben war.

Ich habe heute Nachmittag Gelegenheit gefunden, dem Kommandeur Garde meinen Bericht zuzustellen; unsehbar wird derselbe dem hochverehrlichen Ministerium von meiner in jenem Augenblicke höchst bedrohlichen Lage Mittheilung gemacht haben; über die näheren Umstände behalte ich mir meinen Bericht vor, wie über das noch weit schrecklichere Ereigniß, daß das Linienschiff in die Luft sprang, während noch die Kapitäne Krieger und Marström, der Kapitän vom Landetat Hohlenberg, die Aerzte Smith und Jhsen, und dem Vernehmen nach 200 Mann der Besatzung an Bord waren.

Der Vorfall ist so schauerlich, daß es mir vorkommt, man könne wohl so etwas erzählen hören, aber nicht selbst erleben; ich bin außerordentlich erschüttert, aber ich finde einige Beruhigung darin, mich vorwurfsfrei zu wissen, und die Folgen dieses Ereignisses für mich und meine Zukunft ruhig tragen zu können.

Die Frist, die mir gelassen, wenn ich von der sich darbietenden Gelegenheit Gebrauch machen will, ist zu kurz, um ausführlich zu sein; indem ich den beschränkten Mangel zu entschuldigen bitte, werde ich sobald als möglich das Fehlende nachzuholen suchen.

gez. Paludan.

P. S. Ich und die zurückgebliebene Besatzung sind zu Kriegsgefangenen gemacht worden.

An das Marineministerium!“

Schleswig, den 11. April. (H. C.) Ueber den Zweck der nach Cöternförde abgesandten dänischen Flottille erfährt man jetzt Folgendes: Die ganze Expedition stand unter den Befehlen des dänischen Commandeurs Garde, der auf einem der Dampfschiffe sich befand. Der Zweck war, die beiden Strandbatterien zu demonstrieren. Sobald dies geschehen sein würde, sollten die Dampfschiffe die in weiter Sicht liegenden Transportschiffe, welche 4000 Mann Landungstruppen führten, herbeiholen. Man glaubte oder hatte die Nachricht verbreitet, daß Flensburg und Schleswig von den Dänen besetzt sei. Man wollte dann Cöternförde besetzen. Die Landungstruppen sollten von da nach Friedrichsort eilen, um dieses von der Landseite einzunehmen, während die Schiffe nach Demolition der Batterien, sofort nach Friedrichsort und Laboe segeln sollten. Daß Deutsche Truppen in der Umgegend von Cöternförde lagen, wußte man nicht. Diese Mittheilung stammt aus guter Quelle und stimmt mit den Erkundigungen des Commandeur-Capitains Paludan überein, ob Deutsche Truppen in Cöternförde wären? Der Plan war nicht übel erfunden. An eine Zerstörung der offenen Städte scheint aber nicht gedacht zu sein, denn wenn dieses beabsichtigt worden wäre, würde Cöternförde allerdings jetzt ein Schutthaufen sein.

Emden, den 9. April. Das für Rechnung der deutschen Marine hier auf der Werste des Herrn Tholen und von Neß gebaute Kanonenboot ist gestern von einem Marine-Lieutenant und der Marine-Kommission als tüchtig und ausgezeichnet gut gebaut abgenommen worden. Es soll mit dem Namen „Emden“ getauft werden.

Frankfurt a. M., den 11. April. (O. P. M. Z.) 199te Sitzung der verfassungsgebenden Reichs-Versammlung, eröffnet um 9½ Uhr. Es wird ein Schreiben des Oesterreichischen Bevollmächtigten um Genehmigung der Verhaftung des Abgeordneten Ritzner aus Wien wegen Anklage auf Hochverrath verlesen. Dann folgt die Interpellation des Abgeordneten Archer: „Ob Herr Minister v. Sagern zu Protokoll erklärt habe, daß er festhalten werde an der Verfassung, oder nicht?“

Sagern: Etwa 80 Mitglieder von der Rechten und dem Centrum der National-Versammlung, unter ihnen auch Mohl und ich, haben schriftlich erklärt, fest an der Verfassung zu halten, nicht, weil alle Punkte mit unserer Ueberzeugung übereinstimmen, sondern, weil jeder Einzelne hier Opfer bringen mußte, um in der National-Versammlung Etwas zu schaffen. Von der Verfassung darf nichts verändert werden, als auf dem Wege, den die Verfassung selbst vorgezeichnet.

Kriegsminister v. Peucker berichtet über die Angelegenheiten in Schleswig.

Präsident Simson erstattet Bericht im Namen der Deputation. Es werden sehr viele dringliche Anträge gestellt, darunter der Antrag von Kierulff und Genossen: die National-Versamm-

lung erklärt hierdurch feierlich vor der Nation, unwandelbar festzuhalten an der Reichsverfassung.

Antrag von M. Mohl: da der König von Preußen die Kaiserwahl abgelehnt, soll ein neuer Ausschuss von 30 Mitgliedern einen neuen Entwurf über die Oberhauptfrage vorlegen.

Antrag von Schlössel: Da die Würde einer souverainen National-Versammlung verbietet, sich auf Verhandlung mit unehorsamen Fürsten einzulassen, beschließt die National-Versammlung, sich für permanent zu erklären, und jedem Staate das Recht zu entziehen, die Abgeordneten seines Landes zurückzurufen; eine Vollziehungsgewalt von 5 Mitgliedern zu erwählen, welche fünf Jahre lang an der Spitze der Reichsregierung stehen soll.

Wurm: Man kann der Meinung sein, der König von Preußen habe für seine Person abgelehnt, nicht aber für Preußen. (Ho! ho!) Die Wahl eines Ausschusses muß für dringlich erklärt werden; wir müssen auch feierlich erklären, daß nichts geändert werde an der Verfassung. — Wir müssen die Warnung aussprechen, daß wenn der Wahnsinn des Hofgesindes sich nicht bessern sollte, in einer zweiten Revolution das Volk nicht vor dem Throne stehen bleiben würde.

M. Mohl: Wenn eine dargebotene Krone abgelehnt wird, dann ist sie für immer abgelehnt. Wir sprechen der Deputation den Dank aus, für ihre würdige Haltung. — Wir können nicht aussprechen, daß wir unwandelbar festhalten an der Verfassung, da ja auch das erbliche Kaiserthum darin enthalten ist. — Der Kaiser ist nicht mehr möglich, denn man preßt keinen Kaiser wie Matrosen. (Gelächter.) Es erinnert auch an den Vater, der seinen Sohn befahl, den vom Boden herabzuwerfen. Der Sohn sagte, es ist kein Feind da, der Vater bestand darauf und sagte, so wirf es doch herunter! — Beschließen Sie nichts Unlogisches, wenn Sie aber diesen Beschluß fassen, unwandelbar festzuhalten an der Verfassung, dann beschließen Sie einen Unsinn.

Die Unterstützungsfrage für die Anträge wird gestellt, alle werden indeß bis auf den von Kierulff abgelehnt. — Noch länger Streit über die Fragestellung, die Unruhe, Aufregung ist dabei so groß, daß man wenig oder nichts davon verstehen kann.

Ueber den Antrag von Kierulff: „Die National-Versammlung möge unwandelbar festhalten an der Reichsverfassung und dem Wahlgesetz, und den Bericht der Deputation an einen Ausschuss zur Begutachtung überweisen“, — mit dem Amendement von Ahrens, die National-Versammlung möge festhalten an der Verfassung mit Ausnahme der Oberhauptfrage, welche als offen betrachtet und einem Ausschusse zur Berichterstattung übergeben werden möge, — wird namentlich abgestimmt und mit 228 gegen 106 Stimmen abgelehnt, 1 enthielt sich der Abstimmung. — Darauf ward zur Abstimmung über den Antrag Kierulffs ohne das Amendement von Ahrens geschritten und mit 276 gegen 159 Stimmen angenommen.

Eine Erklärung mehrerer Abgeordneten der Linken folgenden Inhalts wird verlesen: Wir halten es für unlogisch, ein Kaiserthum ohne Kaiser in der Verfassung bestehen zu lassen.

Dresden, den 10. April. Der frühere Minister v. d. Pfordten ist „nicht ohne besondere Veranlassung“ neuerdings nach Baiern gereist.

Meiningen, den 8. April. Die Nachricht von dem glücklichen Ausfall der Kaiserwahl hat in unserer kleinen, stillen Residenz einen allgemeinen Freudenrausch hervorgerufen: Geläute aller Glocken, Kanonendonner, Vivatrufen, Musik und Trommelwirbel in allen Straßen; es litt Niemanden mehr im Hause, Hoch und Niedrig, jedweden Alters und Geschlechtes, eilte auf den durch bengalische Flammen erleuchteten Marktplatz, um in das feierliche: „Nun danket alle Gott!“ einzustimmen. — Eine soeben in Umlauf gekelte Adresse, welche den „König von Gottes Gnaden“ bewegen soll, die auf ihn gefallene Wahl anzunehmen, wird nächster Tage durch eine Deputation unserer Volkssammer, der sich freiwillig noch eine Anzahl Personen jedweden Standes anschließen werden, nach Berlin überbracht werden.

Wien, den 11. April. Vom ungarischen Kriegsschauplatz wußte man bis gestern Abend nur so viel, daß die Macht der Insurgenten auf dem Raköszfelde (der ehemaligen Wahlstatt der ungar. Könige) ½ Stunde vor Pests aufgestellt ist und man einer Schlacht entgegen sah. Dennoch zweifelte man einerseits, daß J. M. Windischgrätz bei der Ueberlegenheit des Feindes solche annehmen werde, andererseits, daß die Magyaren das Schicksal Pests auf das Spiel setzen würden, eine Schlacht zu erzwingen. Viele aus Pests gestrichelte Familien waren hier und in Ofen angelangt.

— Gestern Abend war im Burgtheater die erste Vorstellung von Bauernfeld's „Ein neuer Mensch“, eine Fortsetzung von „Großjährig“ und wie dieses voll von politischen und lokalen Anspielungen. Die Vorstellung war ausgezeichnet und die Aufnahme eine enthusiastische. Eine Stelle, bei welcher der beliebte Komiker Beckmann das deutsche Band hervorzieht, erregte einen nicht endenden Jubel.

— Se. Hoh. der Prinz Wilhelm von Württemberg, dessen schwere Verwundung kürzlich angezeigt wurde, soll sich, Beirathen aus dem k. l. Hauptquartier nach Wien und Stuttgart zu folgen, bei Mortara und Novara ausgezeichnet haben und bei letzterem Treffen durchs Schienbein getroffen sein, sich aber, in Genesung begriffen, zu Pavia befinden; es ist alle Hoffnung zu dessen baldiger völliger Wiederherstellung gegeben worden.

Vor Komorn. Die „Gräzer Zeitung“ bringt in einem Artikel mit dieser Ueberschrift folgende interessante Notiz: „Während der junge Graf Esterhazy ein Commando in der Festung Komorn hat und im Falle der Erstürmung derselben wahrscheinlich den Tod des Hochverräthers stirbt, hat der alte Graf Esterhazy, sein Vater, soeben den Belagerungstruppen vor Komorn 160 Eimer Wein geschenkt, um sie zur Erstürmung der Festung zu ermuntern.“

## N u s l a n d.

### Frankreich.

Paris, den 9. April. National-Versammlung. Sitzung vom 8. April. Um 11 Uhr versammeln sich die Deputirten in den Abtheilungssälen, um zwei Kommissionen zu wählen, und zwar

a) wegen der Journal-Kauttionen und Verlängerung des Pressgesetzes vom August 1848; b) wegen Cholera-Regeln. Die Versammlung nimmt die Budget-Debatte wieder auf. Corne erklärt im Namen des Ausschusses, daß sich derselbe mit der Prüfung von drei Vorschlägen hinsichtlich des Unterrichts-Budgets beschäftigt habe. 1) Francisque Bonvet will den Schulhaushalts auf drei Millionen Fr. erhöht wissen. 2) Depasse möchte den Fonds der Asylhäuser um 100,000 Fr. vermehrt haben, und 3) Pascal Duprat das Gehalt der Dorfschulmeister auf 600 Fr. stellen, was 1,600,000 Fr. Mehrausgabe verursache. Der Ausschuss bewilligt für Bonvet 200,000 Fr. statt der verlangten 3 Millionen. Nach einer kleinen Debatte bewilligte die Versammlung die vom Ausschuss beantragte Summe. Ferner will der Ausschuss den Schulmeistern vorläufig 500 Fr. bewilligen, mehr sei bei dem jetzigen Stande der Dinge nicht möglich. Pascal Duprat ist damit zufrieden. Die Versammlung bewilligt die 500 Franken. Der Depasse'sche Antrag fällt durch. Marrafi: Nachdem diese Nachträge zu Kapitel 16 erledigt, können wir zur Gesamtabstimmung über das Unterrichts-Budget schreiten. Dasselbe wird mit 636 gegen 0 Stimmen angenommen. Die Versammlung geht zum Budget des Ministers des Aeußern über, dessen einzelne Capitel alle durchgehen. — Dann will man zum Kultusbudget übergehen. Ehe das geschieht, soll über 40,000 Fr. Installations- und Repräsentationsgelder für den Vice-Präsidenten Boulay abgestimmt werden. Diefelben werden mit 393 gegen 98 Stimmen verworfen. (Agitation.) Hierauf werden alle Artikel d. s. Kultusbudgets angenommen bis auf 3, welche reservirt werden. Darum kann das Gesamtkultusbudget nicht votirt werden. Die Versammlung geht zum Budget des Justiz-Ministeriums über. Die Sitzung wird um 6 Uhr ausgesetzt.

— Eine telegraphische Depesche d. d. Genua, den 6 April zeigt der Regierung an, daß General La Marmora an demselben Tage Abends 6 Uhr, nach einem mörderischen Kampfe in den Straßen, als Sieger die Stadt in Besitz genommen hat. Die Insurgentenführer entflohen auf englischen und französischen Schiffen. Die Bevölkerung nahm den General jubelnd auf.

— Man berichtet, daß Charles Lagrange (vom Berge) nach achtzigem Krankenlager gestorben ist. Er war Communist, aber theosophischer Communist, der durch sein burleskes Wesen auf der Rednerbühne erheiterte. Seine warme Verwendung für die Jungefangenen (er besorgte ihren Briefwechsel) und deren Amnestirung ist in den hiesigen Salons sprichwörtlich.

— Sitzung vom 10. April. An der Tages-Ordnung ist die Wahl der 40 Glieder des neuen Staatsraths. Auf allen Pulten liegen gedruckte Listen. Mit dem Schlage zwölf Uhr beginnt die Wahl. Um 2 Uhr erklärt Marrafi das Stimmzettel geschlossen und die Statoren begeben sich in einen Nebensaal. Während dort die Operation der Stimmzählung vorgenommen wird, kehrt die Versammlung zur Debatte über die Justizreform zurück, die gestern Abend abgebrochen wurde. Dazwischen liest Marrafi einen Brief des Vice-Präsidenten Boulay vor, worin derselbe anzeigt, daß, da man ihn nicht auf Staatskosten logiren wolle, er auch auf jeden Gehalt verzichte, indem er als einfacher Privatmann zu leben im Stande sei. Dieses Schreiben macht einen gewissen beschämenden Eindruck. Clement Thomas: Der Vice-Präsident darf nicht direkt mit der Versammlung korrespondiren. Er muß dies durch die Minister thun. (Ja, Ja!) Die Versammlung kehrt zur Gerichtsdebatte zurück. Jules Favre und Maurat Ballange nehmen an der Debatte Theil, die im höchsten Grade matt ist. Dieselbe wird endlich geschlossen und mit 545 gegen 58 Stimmen die letzte und dritte Lesung der Gerichtsreform verworfen (Gelächter), ist also abgemacht. Marrafi: Das Resultat der Wahlen für den Staatsrath kann erst in einer Stunde veröffentlicht werden. (Oh! Oh!) Die Versammlung geht um 6½ Uhr auseinander.

— Der „Peuple“ deutet an, daß er der Last der über ihn verhängten Geldstrafe wahrscheinlich erliegen und vielleicht schon in kurzem nothgedrungen aufhören werde. Er zeigt zugleich an, daß Proudhon, der mit Ausarbeitung einer weitläufigen Denkschrift zur Unterstützung seines Cassations-Gesuches beschäftigt sei, auch ferner Direktor des „Peuple“ bleiben und diesem Journal, so lange es irgend angehe, unterzeichnete und nicht unterzeichnete Artikel liefern werde. In kurzem schon werde er damit wieder beginnen. Ueber Proudhon's Aufenthaltsort sagt der „Peuple“ nichts. Der Minister des Innern hat dem Amerikanischen Socialisten Brisbane, der bei den hiesigen Socialisten-Banketts eine Hauptrolle spielte, die Weisung zugehen lassen, Frankreich binnen 48 Stunden zu verlassen, weil er zur Aufregung und Beunruhigung des Landes beitrage.

— Graf Montemolin, der bei Perpignan verhaftet war, nachdem er unentdeckt durch Frankreich gereist war, ist in aller Stille durch Paris nach Calais oder Boulogne gebracht worden, wo man ihn mit einem Englischen Dampfschiffe nach England zurückbefördern wird. — Die Budget-Kommission hat den Minister des Innern aufgefordert, die drei Präfekte, welche sich gleich nach der Februar-Revolution wegen Kränklichkeit auf Grund ärztlicher Zeugnisse pensioniren, durch L. Faucher aber wieder anstellen lassen, nach Paris zu berufen, um sich ärztlich untersuchen zu lassen. An einen derselben ist der Befehl, nach Paris zu kommen, bereits abgegangen.

— An der Barriere von Sevres sprengte gestern die Polizei wieder ein Studenten-Bankett aus einander, das sich die Anwesenheit polizeilicher Kontrolle nicht gefallen lassen wollte.

— Die französische Regierung hat die Aufstellung des Bildnisses Karl Albert's im Museum von Versailles befohlen.

### Großbritannien und Irland.

London, den 9. April. Lord Palmerston hat in einer jetzt veröffentlichten, an den britischen Gesandten in Neapel gerichteten, Depesche ausgesprochen, wie der Fall zwar einmal vorgekommen, daß britische Artillerie-Kanonen zu Modellen für sicilische verwendet worden, der Fall aber nicht nochmals vorkommen solle und werde.



Die deutschen und dänischen Kaufleute haben ihren Schiffen die Weisung gegeben, jetzt nicht auslaufen, sondern in Falmouth der Dinge zu warten. — Am 5. fanden in Leith blutige Händel zwischen preussischen und dänischen Matrosen statt. Letztere begannen nämlich mit dem Abreißen der preussischen Flagge. Die Polizei schritt rasch ein und verhaftete mehrere Räubersführer, welche sofort vor Gericht gestellt und in Strafen von 5 bis 20 Sch. (1 Zhr. 20 Sgr. bis 6 Zhr. 20 Sgr.) genommen wurden. In der Nacht wiederholten sich die Händel, wurden aber durch die Dazwischenkunft der Polizei im Keime erstickt. Am 6., am Charfreitag, wehten in Leith (Schottland) alle Nationalflaggen.

Aus Lima wird vom 13. Februar gemeldet, daß dort eine amerikanische Fregatte mit californischem Golde erwartet wurde. Uebrigens bestätigen die neueren Nachrichten, wie reichlich das Gold in Californien noch fortdauernd zu Tage gefördert wird.

Baron Rothschild hatte in den vergangenen Tagen das Unglück, auf einem Spazierritt mit dem Pferde zu stürzen. Letzteres fiel auf ihn, so daß er schwer beschädigt und betäubungslos von den Herbeieilenden aufgehoben wurde. Doch befindet er sich bereits außer Gefahr.

Das westindische Dampfsboot hat etwa 800,000 Dollars für Kaufmannsrechnung mitgebracht. Nach Berichten aus Jamaica bis zum 10. März waren zu Kingston und an andern Orten zahlreiche Versammlungen gehalten und darin beschlossen worden, die Königin zu ersuchen, daß sie der Insel eine Verfassung verleihen möge, wie sie Canada und die andern nordamerikanischen Provinzen Englands besitzen. Der Gouverneur hatte am 3. die Legislatur, weil sie sich nicht willfährig zeigte, bis zum 24. März prorogirt. — Auf St. Lucia fiel am 5. März eine Meuterei vor. Etwa 400 aufständische Neger belagerten den Gouverneur im Rathszimmer und rotteten sich, als sie zerstreut wurden, in verschiedenen Theilen der Stadt meuterisch zusammen. Die Aufrührer wurden verlesen, das Militär aufgeboten und von diesem, da der Haufe nicht auseinander gehen wollte und zu lärmern fortfuhr, Feuer gegeben, welches drei Neger tödtete. Das Wetter und die Aermteausichten in den westindischen Colonien werden als günstig geschildert. — Die neuesten Berichte aus Lima melden, daß dort bedeutende Goldsenkungen aus Californien erwartet wurden.

### Spanien.

Madrid, den 4. April. Die Regierung hat die telegraphische Depesche erhalten, daß Karl Albert in St. Sebastian angekommen, um sich daselbst nach Portugal einzuschiffen. Sofort ist mit dem Telegraphen der Befehl nach St. Sebastian zurückgegangen, den ehemaligen König mit allen ihm gebührenden Ehren zu empfangen. Von der an Karl Albert ergangenen Einladung, nach Madrid zu kommen, erwartete die Regierung wohl, daß derselbe diese Einladung nicht annehmen werde, da er im strengsten Incognito reist.

### Italien.

Rom, den 30. März. Der Major Amadei, vom republikanischen Geniecorps, ist auf neapolitanischem Gebiete wegen versuchter Verführung der Vorposten verhaftet worden. Als Repressalie ergrieff man in Terracina zwei Brüder des Cardinals Antonelli als Geißeln und drohte sie zu tödten.

Die Sicilianische Regierung hat die Römische Republik nicht anerkannt. Diese Nachricht bringt neue Verwirrung. So sieht sich denn die Republik nicht allein von den auswärtigen, sondern auch von Italienischen Staaten verlassen, mit Ausnahme des einzigen Toscana.

Rom, den 1. April. Die Drohungen der gewaltsamen Aushebungen sind auf Widerstand gestoßen, und so sucht man die Freiwilligen heranzuziehen. Die Herabnahme der Kirchenglocken Befehl des Unglücks zu Kanonen währt fort. — Noch zeigt sich kein sicherer Vorbote der Intervention. — In der Nacht zum 31. v. M. durchzog ein Haufe Kärmer die Stadt mit dem Rufe: „Nieder mit der Republik! Es lebe Vins IX.“ Die Nacht verlief indeß ruhig. Die Päpstlichen rüsten zu einem Schlage und sollen die Garabinieri schon gewonnen haben. Die republikanischen Truppen sollen sich über die Grenze gewagt haben und mit den Neapolitanern in Conflict gerathen sein. — Die hiesige Bank hat dem Staatschatz die Anleihe von 90,000 Scudi vollständig in Bankbilletten geleistet. — Die römische Triumvir und der toskanische Dictator haben pompöse Aufzüge zum Kampf erlassen. — Die Ausgrabung des ganzen alten Forum romanum ist beschlossen.

Mailand, den 4. April. Das Schicksal Brescia's hat einen tiefen Eindruck gemacht — und die Einnahme einer Stadt von etwa 50,000 Menschen durch 2300 Soldaten und sechs Geschütze wird vor der Hand alle Aufstandsgelüste niederschlagen. Durch die Straßenkämpfe hier und anderwärts haben die Heerführer manches gelernt, und eingesehen, daß es nichts mehr bedarf, als in solchen Fällen die Truppen schnellhändig hinauszuziehen und dann, langsam vorgehend, Haus um Haus wiederzunehmen, eine blutige Arbeit, aber mit guten getreuen Soldaten und tüchtigen muthvollen Offizieren fast unfehlbar im Gelingen. Die Brescianer haben sich fürchterlich gewehrt, und gegen ihre Barrikaden — haushoch und aus Fackeln und Erbsäffern gebaut — soll alles andere der Art bisher unbedeutend gewesen sein.

Turin, den 4. April. Gestern besuchte der junge König die Hauptwache der Nationalgarde, um, wie er sagte, mit den Wachthabenden eine Cigarre zu rauchen, unterhielt sich mit diesen lange Zeit in dem Piemontesischen Dialekt, und als er schied, versprach er, seinen Besuch nächstens zu wiederholen.

Ueber die Vorgänge in Genua heißt es nachträglich: Der Kampf der Bevölkerung mit den Truppen hatte am 1. April des Abends begonnen. Gegen 5 Uhr stürmte das Volk das Marine-Arsenal und bemächtigte sich der darin befindlichen Kanonen und Gewehre. Von da lenkte es seine Anstrengungen gegen das Land-Arsenal, wo der General de Azarta, Befehlshaber der Militair-Division von Genua, Posto gefaßt hatte. Ein lebhaftes Flinten- und Kartätschen-Feuer, das dem Volke 25 bis 30 Tödtete, entspann sich dort. Von Seiten des Militairs fielen unter Anderen der Oberst der Garabinieri und der Oberst der Garden, der eine ein Bruder des neuen Kriegs-Ministers della Rocca. Während der Nacht fand eine kurze Unterbrechung des Kampfes statt, während welcher zahlreiche Barrikaden errichtet wurden. Am Morgen des 2. April bemächtigte sich die Nationalgarde und das Volk einer wichtigen Position, der Pietramenta, die das Arsenal beherrscht. Der General Azarta, welcher in Folge dessen jeden Widerstand für unmöglich hielt, schickte um 9 Uhr Parlamentäre in den Dogen-Palast, den Sitz des Vertheidigungsausschusses. Die Bedingungen, welche ihm dort aufgelegt wurden und welche er auch unterzeichnete, sind folgende: Verpflichtung, die Stadt binnen 24 Stunden zu verlassen, ohne Waffen für die Garabinieri, mit Waffen für die übrigen Truppen. Sofortige Uebergabe der Fests, Thore und anderer Posten an die Nationalgarde. Schreiben an den General La Marmora, dessen Annäherung berichtet wurde, um ihn von der Capitulation in Kenntniß zu setzen und ihn aufzufordern, nicht weiter vorzurücken. Die Stadt hat sich noch nicht von Piemont losgesagt; die Bewegung ist bis jetzt bloß gegen den Waffenstillstand von Novara gerichtet. Am 2. Nachmittags verbreitete sich die Nachricht, daß die lombardische Division, 14,000 Mann stark, sich in Gilmärschen der Stadt näherte, um die Bewegung zu unterstützen. La Marmora hatte am 4. Morgens die Mauern der Stadt mit 24,000 Mann Truppen erreicht. Er erwartete eine Verstärkung von 10,000 Mann, die ihm der Oberbefehlshaber der piemontesischen Armee zusenden sollte, so daß er die Stadt mit 34,000 Mann von der Landseite bloßiren konnte. Alle Verbindungen der Stadt mit der Landseite waren am 4. unterbrochen. Genua ist nun von La Marmora in Belagerungszustand erklärt.

### Rußland und Polen.

St. Petersburg, den 6. April. Die heutige Zeitung enthält ein „Allerhöchstes Manifest“, in welchem die achte Rekrutenaushebung angeordnet wird, welche mit dem 1. Mai (a. St.) beginnen und mit dem 1. Juni endigen soll. Als Grund wird angegeben, daß ein Theil der Armee im verflossenen Jahre eine bedeutende Verminderung durch die Cholera erlitten habe und auf dem Kriegsfuß bleiben müsse.

Die Senats-Zeitung enthält den Wortlaut eines zwischen Rußland und Griechenland auf fünf Jahre abgeschlossenen Postvertrags.

Warschau, den 5. April. Die starke Festung Nowo-Georgiewsk (Modlin) am Zusammenfluß der Narew mit der Weichsel, Prisse, Litewski am Bug, Demblin und Jamosz, sind außerordentlich stark besetzt worden.

### Türkei.

Konstantinopel, den 28. März. Aus Candien erfährt man, daß auch dort der Winter sehr streng war. Es kam vor, daß Individuen, die sich von einem Dorfe zu einem andern begaben, unterwegs erfroren. Die Straßen waren durch die Menge des gefallenen Schnees einige Zeit ganz ungangbar geworden. — Ibrahim Efendi, Mitglied des Rechnungsrathes, wurde für dieses Jahr zum Anführer der Pilgerkaramane oder vielmehr zum Unterbringer und Wächter der in diesem Jahre nach Mekka zu sendenden großherlichen Geschenke ernannt. — In den Gewässern von Scio, Samos und andern Inseln des Archipels sind griechische Seeräuber erschienen. Man hofft, daß sie baldigst von den dort kreuzenden großherlichen Schiffen werden aufgegriffen werden.

### Moldau und Walachei.

Wie sorgsam unsere Regierung darüber wacht, daß keine modernen Ideen in unser Fürstenthum eindringen, mag Ihnen unser Censurgesetz beweisen, dessen Punkte ich Ihnen mittheile. A. Alle fremden Zeitschriften, Journale und was immer für periodische Druckschriften sind gänzlich verboten und dürfen auf keine Weise eingeführt werden. Hiervon ausgenommen sind bloß die Nachstehenden, jedoch auch diese nur in so lange sie ihre Tendenz nicht ändern. Erlaubte Zeitungen aus Frankreich: 1) „Le Moniteur;“ 2) „Le Journal des Débats;“ 3) „Le Constitutionnel;“ 4) alle Modezeitungen. — Aus Oesterreich (und Deutschland): 1) „Wiener Zeitung;“ 2) „Deutscher Lloyd;“ 3) „Leipziger Handelszeitung;“ 4) „Augsburger Allgemeine Zeitung.“ Diese letztere jedoch — welche auf das Verlangen des österreichischen Herrn Agenten erlaubt wird — nur unter der Bedingung, daß sie kein Wort gegen Rußland, die Türkei, die Regierungen der Fürstenthümer oder „gegen die politische Existenz“ enthalte. Aus Griechenland: „die Regierungszeitung.“ Aus der Walachei: die Zeitung dieses Landes. B. Von dem Verbote ausgenommen die zum Gebrauche der im Fürstenthume residirenden fremden Consuln. Insbesondere aber sind strengstens verpönt: Alle in der Bukowina und Siebenbürgen erscheinenden Zeitungen, und was immer für Schriften politischen Inhalts, da sie in der Nationalsprache erscheinen. — C. Von dem Verbote ausgenommen sind alle in Rußland und der Türkei erscheinenden Journale und Zeitschriften. D. Die erlaubten und unter A. bezeichneten Journale und Zeitschriften können sowohl durch die Post der k. k. österreichischen Agentie, als auch auf anderem Wege eingeführt, und ohne fernere Censur an die Abonnenten abgegeben werden; „die Allgemeine Zeitung“ von Augsburg aber darf nach den Beschränkungen, denen sie unterliegt, nur durch die k. k. österreichische Agentie bezogen werden.

E. Außer den erlaubten Zeitschriften und Journalen, und außer jenen für die Herren Consuln bestimmten, sollen alle andern, wo immer sie gefunden werden, an den Grenzen oder im Innern des Landes, in den Kaffehäusern, Buchhandlungen oder bei Privaten, confiscirt und die Gesehübertreter, d. i. sowohl Jene, die dieselben einführen, als auch diejenigen, bei denen sie gefunden werden, festgenommen und folgenden Strafen unterzogen werden: 1) Jedermann, bei dem eine verbotene Zeit- oder Druckschrift, oder solche Journale gefunden werden, soll mit einer Geldbuße von 50 Dukaten, und wenn er dieselbe nicht leisten kann, 6monatlichem Kerker gestraft werden, in welchem Falle er selbst seine Erhaltungskosten bestreiten muß. 2) Bei wiederholter Uebertretung wird der Zahlungsfähige mit 100 Dukaten und 6monatlichem Kerker gestraft; wer nicht zahlen kann, wird zu Einjähriger Kerkerstrafe verurtheilt; 3) die Geldstrafen werden dem Armenfonds zugewiesen.“ (Bul.)

### Donau-Fürstenthümer.

Zassy, den 18. März. So eben ist vom Vikariat der hiesigen Metropole zufolge höherer Weisung der Auftrag an alle Pfarrer ergangen, Se. Majestät den Kaiser Nicolaus im Kirchengebete einzuschließen — wahrscheinlich als Landesfürsten. — Fortwährend rücken Russische Truppen ins Land, was uns als Vorbereitung zu irgend einem Kriege vorkommt, zumal der Fürst Paschkewicz erwartet wird.

### Bereinigte Staaten von Nord-Amerika.

Washington, den 18. März. Kommodore Parker, der aus Auftrag unseres Marine-Sekretärs Deutschland besuchte, übernimmt den Oberbefehl des amerikanischen Küstengeschwaders. Er hält die Einrichtung und Einübung der deutschen Flotte für eine passende Aufgabe für einige unserer jüngeren unternehmenden Seeoffiziere; für ihn selbst aber scheint die Sache keinen Reiz zu haben. Mit der künftigen Abtretung des Dampfers „United States“ oder anderer amerikanischen Schiffe für die deutsche Flotte hat übrigens die amerikanische Regierung nichts gemein, da dies ein Privathandel ist. Für die Reisekosten des Kommodore Parker zahlte die Regierung nicht mehr als neunhundert und fünfzig Dollars.

Der Gesandte des deutschen Reiches hier, Hr. v. Rönne, widmet sich mit viel Nachdruck den deutschen Interessen, gewinnt durch sein äußerst angemessenes, prunkloses, dabei aber würdevolles Auftreten, im Verein mit seiner längst erprobten Fähigkeit, in wachsendem Grade die öffentliche Liebe und Hochachtung. Das diplomatische Korps bei den Vereinigten Staaten, zu dem noch demnächst Herr Pulver treten wird, ist gegenwärtig reich besetzt, und die Vorstellung desselben bei dem eben inaugurirten Präsidenten, wobei nur die Abwesenheit des Seniors und Vertreters Rußlands, Herrn Bobisco, auffiel, war eine eindrucksvolle Scene.

Die folgende Nachricht, welche wir der Pariser Gasse vom 25. März d. J. entnehmen, verdient zur Kenntniß der Auswanderer gebracht zu werden: „Der Consul der vereinigten Staaten von Amerika, zu Panama, hat von dem Militair-Kommandanten der Küste die Nachricht erhalten: daß von nun an ein Gesetz in Ausübung gebracht werden soll, welches mit Geld- und Gefängnißstrafe alle diejenigen trifft, welche, ohne Bürger der vereinigten Staaten zu sein, von allen Oefern her nach Californien strömen, um Gold zu holen, und damit zu entweichen.“

### Kammer-Verhandlungen.

25te Sitzung der Zweiten Kammer vom 12. April.

Präsident: Grabow.

Am Ministertische: v. Mantuffel, v. Rabe.

Simon (für Drer) hat erklärt, er wolle sein Mandat niederlegen, aber so lange seinen Sitz in der Kammer behalten, bis sein Nachfolger eingetreten sei. v. Auerwald spricht die Ansicht aus, daß ein Abgeordneter sein Mandat nicht mit Vorbehalt niederlegen und daß eine Neuwahl nicht eher stattfinden könne, bis der Platz des betreffenden Abgeordneten erledigt sei.

Die Kammer beschließt, daß es zulässig sei, daß ein Abgeordneter erkläre, er werde sein Mandat niederlegen, seinen Sitz aber noch so lange in der Kammer behalten, bis sein Stellvertreter eingetroffen sei. — Bauer (Stolz) theilt mit, daß der Landrath von Basse sich der Portofreiheit bedient habe, um eine Monster-Petition gegen die Einführung des Bürgerwehrgesetzes zu erzielen, und legt das beweisende Schriftstück auf das Bureau nieder.

Der Abgeordnete Jung richtet nunmehr folgende Interpellation an den Minister des Innern:

1) ob der Minister Kenntniß der zahlreichen Ausweisungen von Personen habe, welche nach den Gesetzen sich hier aufzuhalten berechtigt sind? 2) ob er dieser offensbaren Verletzung von Gesetzen, die weder suspendirt sind, noch suspendirt werden können, Einhalt zu thun gedenke?

Der Minister des Innern ist bereit, sogleich zu antworten und Jung leitet daher seine Interpellation ein:

Die Polizei hat nicht nur Fremde, sondern selbst Berliner und oft sogar hochgeachtete Personen ausgewiesen. So hat z. B. die Ausweisung des Herrn Rodbertus eine Berühmtheit erlangt, welche mit der berechtigten Ausweisung von Ifflein und Becker zu vergleichen. Herr Rodbertus konnte aber gesetzlich nicht ausgewiesen werden, da er durch die Uebnahme eines Portefeuilles im vorigen Jahre hier ein Domizil erlangt hatte. — Der reiche Mann, welcher ausgewiesen wird, kann freilich den Staub von den Füßen schütteln und mit Verachtung auf die hiesige Polizeiwirtschaft zurückblicken; viel schwerer aber trifft die Ausweisung den Armen, den Literaten, den Kommis, der mit entseelter Wuth von der Polizei verfolgt, aus seinen Erwerbsverhältnissen herausgerissen und dem Elende Preis gegeben wird. Davon spricht Niemand. — Selbst der Minister Kochow, der doch wahrlich kein Ultraradikaler war, erkannte an, daß Ausweisungen nur in Folge rechtskräftiger Erkenntnisse und wegen beanspruchter Armenpflege erfolgen können. Jetzt aber werden Leute bloß wegen ihrer demokratischen Gesinnung ausgewiesen. Das Gesetz vom Dezember 1842 bestimmt, daß keinem selbstständigen Preußen, der sich zu nähren im Stande, die Niederlassung an irgend einem Orte verweigert werden darf. Obgleich nun bloß bei neu einziehenden Personen nach ihren Unterhaltungsquellen gefragt werden darf, nicht aber bei Jenen, die bereits seit 10 bis 12 Jahren hier wohnen, so hat doch die Polizei, namentlich bei Literaten, die sie überhaupt von jeher unendlich gehaßt hat, nach ihren Erwerbsquellen gefragt. Wenn nun der Literat seine Kontrakte mit Buchhändlern oder Zeitungen vorlegt, so half ihm dies doch nichts. Das waren in den Augen der Polizei keine Erwerbsquellen, und nichts. Was waren in den Augen der Polizei bei Leuten, die seit 10 Jahren die Ausweisung erlitten? Wozu soll die Ausweisung nützen? Etwa dazu, und länger in Berlin wohnen, die Ausweisung nützen? Zur Last fallen? Sie haben ja bereits durch ihren langen Aufenthalt, auch wenn sie ausgewiesen werden, den Anspruch auf Armen-Unterstützung erworben.



Vor ein paar Tagen hat die Polizei sogar die kleinliche Nachsuchung gehabt, den Redakteur eines bekannten hiesigen Blattes, Hr. Löwenstein, auszuweisen, und sich dadurch bis zum Lächerlichen erniedrigt. Es wird jetzt eine wahre Schmach von der Polizei angehängt und ganze Kategorien, z. B. welche polnisch sprechen, werden ausgewiesen.

Neulich hat man sogar die Kinder des Abgeordneten Potworowski und die Tochter eines anderen Deputierten ausweisen wollen. Nur die Eigenschaft der Väter hat die Kinder endlich geschützt. Wie lange aber wird die Abgeordnetenqualifikation noch vor solchen Brutalitäten sicher stehen? Beschwert sich der Ausgewiesene bei Hindelberg, so schließt dieser die Ausweisung auf Brangel, und kommt der Hilfsuchende zu Brangel, so wird er an Hindelberg verwiesen. So schwebt der Ausgewiesene zwischen Schylla und Charybdis, und zwar mit der Aussicht, daß er sicher verschlungen wird.

So ist denn der schöne mittelalterliche Zustand wieder hergestellt, wo z. B. in Florenz, wenn die Weißen siegten, die Schwarzen auswandern mußten.

Es soll eine geheime Kabinetts-Ordre geben, welche unter Graf Arnim erlassen worden, und der Polizei ihr jetziges Verfahren gestattet. Jemand, der sie öfters vor Augen gehabt, giebt ihren Inhalt folgendermaßen an: „Ich genehmige, daß dem Gesetze vom Jahre 1842 entgegen, ein Jeder, welcher auf irgend eine Weise Berlin zur Last fallen kann, von hier ausgewiesen werde.“ Diese Kabinetts-Ordre ist im Jahre 1844 ertrabt, aber nie veröffentlicht worden.

Sollte übrigens meine Beweisführungen wieder ohne Erfolg sein, dann bleibt nichts anderes übrig, als den letzten Schleier der Heuchelei zu zerreißen und offen zu zeigen, daß die Willkür, die Tyrannei in der Hauptstadt Preussens ihr Lager aufgeschlagen; dann bleibt nichts übrig, als den Männern in der Paulistheke zuzurufen: Ihr Thoren, die ihr waret, einen konstitutionellen Kaiser da suchen zu wollen, wo die Polizei-Wirtschaft ihre hohe Schule errichtet hat. (Beifall zur Linken.)

Minister des Innern: Ich werde mich auf die vom Interpellanten erwähnte Kabinetts-Ordre nicht berufen. In der angegebenen Weise existirt sie nicht und was von ihr existirt, ist unter meiner Amtsführung nie zur Anwendung gekommen.

Von der Bestimmung, wonach alle Fremde, die den Zweck ihres Hierseins nicht nachweisen können, ausgewiesen werden sollen, habe ich allerdings Kenntniß. Der § 14. des Gesetzes vom Dezember 1842 erklärt, daß die in Bezug genommenen Bestimmungen des Gesetzes auf Personen, die fremd sind, nicht ausgedehnt werden dürfen. Hieraus fließt sich die Bekanntmachung des Herrn Brangel. Wenn jemand anders ausgewiesen worden, so erkläre ich dies freiwillig für ein Unrecht und würde, wenn es mir zur Kenntniß gelang wäre, Remedur haben eintreten lassen. Die Aufrechterhaltung der Ruhe ist übrigens vorzüglich der Ausweisungsmassregel zuzuschreiben; namentlich sind unbeschäftigte Arbeiter nach der Eisenbahn ausgewiesen worden.

Graf Arnim: Ich muß erklären, daß ich es nicht der Mühe für werth halte, meine Handlungen als früherer Minister dem Abgeordneten für Berlin gegenüber zu rechtfertigen, und auf seine Angriffe zu antworten. Heute will ich jedoch bemerken, daß der Abg. für Berlin sich eines kleinen Anachronismus schuldig gemacht. Es wäre wohl wünschenswerth gewesen, wenn ein Mann damals aus allen deutschen Staaten ausgewiesen worden wäre, der zuerst mit einer bewaffneten Schaar Fremder in das deutsche Vaterland eingedrungen.

Robertus theilt die Geschichte seiner Ausweisung mit. Er habe beim Minister Beschwerde geführt, jedoch keine Antwort erhalten. Das Land möge urtheilen, ob er als Fremder zu betrachten sei.

Jung: Ich habe bei Gelegenheit der Ausweisung von Ifflein und Hedder auch von der historischen Person des Ministers Grafen v. Arnim gesprochen, und erlaube jetzt zufällig, daß der Abgeordnete und der frühere Minister Arnim ein und dieselbe Person sind. (Heiterkeit.)

Hierauf folgt die Interpellation des Grafen v. Arnim (Wreschen) an das Staatsministerium. Derselbe betrifft die Verhaftung des Sohnes eines Gutsbesizers aus der Provinz Posen, Izbicki, welcher auf der Reise im russischen Polen von russischen Gendarmen verhaftet und nach Ausland transportirt worden.

Der Minister des Innern: Ich bin von dem Vorfall erst durch den Herrn Interpellanten in Kenntniß gesetzt worden und habe sofort Veranlassung genommen, die Provinzialbehörden darüber zu befragen. Was ich von diesen erfahren, lautet folgendermaßen: der junge Izbicki begab sich in Begleitung seines Vaters über Kalisch nach Warschau. Er besaß sich im Besitz einer Legitimationskarte, beging aber die Unvorsichtigkeit, dieselbe seinem Vater für dessen Rückreise zu geben, worauf er verhaftet wurde. Daß ihm sonst etwas zur Last fiel, ist nicht bekannt geworden; höchstens können ihm einige Redereien der Grenzbeamten im vorigen Jahre schuld gegeben werden. Die Verhaftung war am 9. März geschehen, am 14. wandte sich der Landrath v. Röder aus Ostrowo an den polnischen Grenzkommissar und verlangte die sofortige Freilassung des Gefangenen, es erfolgte jedoch keine Antwort. Darauf erging eine Anfrage an den russischen Generalkommissar und dieser antwortete endlich, daß die Verhaftung auf höheren Befehl geschehen sei. Der Oberpräsident von Posen meldete dies sogleich dem Minister des Auswärtigen, und hierauf ist auf diplomatischem Wege die Auslieferung des Verhafteten verlangt worden.

Der Abgeordnete Grün verlangt das Wort zur Geschäftsordnung und macht die Bemerkung, daß er einen fremden Herrn auf der Ministerbank sehe. Sollte derselbe der neue Herr Justizminister sein, so müsse er in der Unterlassung der Ankündigung seines Eintritts in das Ministerium einen konstitutionellen Formfehler von Seiten des Ministeriums erblicken.

Der Präsident Hr. Grabow erklärt hierauf, daß ihm keine offizielle Anzeige dieser Art zugegangen sei.

(Schluß 3 Uhr. Nächste Sitzung morgen 12 Uhr.)

21te Sitzung der Ersten Kammer vom 13. April.

Anfang 10½ Uhr. Präsident v. Auerswald.

Anwesende Minister: v. Ladenberg, v. Rabe und Simons.

Ein Antrag des Abgeordneten Hülsmann und Genossen (Eckmann und Ritsch): Die hohe Kammer wolle beschließen, „daß der Finanzminister gebeten werde, die zu außerordentlichen Unterstüzungen der Elementarlehrer pro 1849 auf den Etat übernommene Summe bis zu dem Betrage von 63000 Rthlr. zu erhöhen“ ist bereits nach den Formen der alten Geschäftsordnung durch zwei Abtheilungen gegangen, nach der neuen wird er indes noch einmal verlesen, und da er hinreichend unterstützt wird, wieder in die Abtheilungen gewiesen.

Auf der Tagesordnung steht schließlich ein Antrag von v. Daniels, darauf gerichtet: 7 von ihm verfaßte Entwürfe als Material bei Revision der Verordnungen vom 2. und 3. Januar d. J. den Abtheilungen zu überweisen. Die Verlesung des Antrags dauerte über eine halbe Stunde. Darauf erhält der Antrag die erforderliche Unterstützung und wird demgemäß in die Abtheilungen verwiesen.

(Schluß der Sitzung 11½ Uhr.)

(Nächste Sitzung: Dienstag, 17. April, 10 Uhr.)

26te Sitzung der Zweiten Kammer vom 13. April.

Präsident: Grabow.

Am Ministertisch: Graf Brandenburg, v. Mantouffell, v. Strothmann, v. Rabe, v. Ladenberg und Simons.

Hanow legt sein Mandat nieder. Nach Beilegung anderer Formalien wird folgender dringlicher Antrag des Abgeordneten Robertus und Genossen verlesen: „1. Die hohe Kammer wolle folgenden Beschluß fassen: In Erwägung, daß bei den Verwicklungen der europäischen Verhältnisse und der eigenen Lage des Vaterlandes die baldige Verwirklichung eines den Erwartungen des deutschen Volkes entsprechenden öffentlichen Rechtszustandes in Deutschland dringendes Bedürfnis ist; daß es Pflicht der deutschen Einzelstaaten ist, zur baldigen Herbeiführung eines solchen Rechtszustandes nach Kräften mitzuwirken; daß ein solcher Rechtszustand nur dann in kürzester Frist ins Leben gerufen werden kann, wenn die deutschen Einzelstaaten sich der von der deutschen National-Versammlung beschlossenen Verfassung nicht entziehen, erklärt die zweite Kammer:

1) Daß sie den in der Cirkulernote vom 3. April d. J. von der Regierung S. Majestät betretenen Weg der Vereinbarung der deutschen Einzelstaaten unter sich und mit der deutschen National-Versammlung als

ungeeignet zur baldigen Herbeiführung eines entsprechenden öffentlichen Rechtszustandes in Deutschland, entschieden mißbilligt;

2) daß sie insbesondere in der Verwirklichung dessen, was diese Note über die Modalitäten eines weiteren und die eventuelle Form eines engeren Bundes andeutet, eine Täuschung der Erwartungen Deutschlands erblicken würde;

3) daß sie vielmehr ihrerseits die von der deutschen National-Versammlung vollendete Verfassung, so wie sie nach zweimaliger Lesung beschlossen worden, als rechtsgültig anerkennt und die Ueberzeugung hegt, daß eine Abänderung derselben nur auf dem von der Verfassung selbst vorgesehenen Wege zulässig ist.

11. Zur Vorberathung dieses Beschlusses denselben an eine von den Abtheilungen zu wählende, aus 21 Mitgliedern bestehende Kommission zu verweisen.

Hierauf interpellirt Lisecki das Staatsministerium: Bataillone der Posen Landwehr seien wegen des Krieges mit Dänemark, der doch lediglich im Interesse Deutschlands geführt werde, zusammenberufen worden. Er frage das Ministerium: 1) ob die Landwehr des Großherzogthums Posen zum Kriege gegen Dänemark verwendet werden solle, und 2) durch welche staatsrechtliche Bestimmung die Regierung eine solche Maßregel rechtfertigen wolle?

Der Kriegs-Minister erklärt sich bereit, die Interpellation sogleich zu beantworten.

Der Interpellant erhält das Wort.

Der Kriegsminister: Es liegt weder in meiner Bestimmung, noch in meinem Willen, dem Redner auf das politische Feld zu folgen; da derselbe sich aber auf Gesetzesstellen bezogen hat, so will auch ich ihm solche entgegenhalten. Nach dem Gesetz vom 13. September 1814, Art. 11. §. 8. ist die Landwehr des ersten Aufgebots bei entscheidenden Kriegen zur Unterstützung des stehenden Heeres bestimmt, sowohl im Inlande wie im Auslande. Im Frieden soll sie dagegen nur in der Uebungszeit in Anspruch genommen und sonst in ihre Heimath entlassen werden. Die Landwehr bildet einen Theil der bewaffneten Macht und tritt bei ausbrechendem Kriege mit dem übrigen Heere zusammen. Der Paragraph, den der Redner angeführt, bezieht sich nur auf die Einberufung der Landwehr durch den kommandirenden General. Die ganze Armee besteht aber aus Linie und Landwehr, und hängt in sich durch den Divisionsverband und im Kriege durch den Brigadverband zusammen. Wenn man nur Linientruppen zusammenziehen wollte, so würde man den organischen Verband unserer Truppentheile stören, namentlich in den detachirten Theilen, und einen Uebelstand bei den Mobilmachungen erzeugen. Von diesem Gesichtspunkte ist es vollkommen gerechtfertigt, wenn die Truppentheile aus Linie und Landwehr aus Westphalen und Posen berufen worden sind, weil die augenblicklichen Verhältnisse dies rechtfertigen. Damit ist der erste Theil der Interpellation erledigt. In Bezug auf den 2. Theil habe ich Folgendes zu erwidern:

1) Das Großherzogthum Posen, mit Ausnahme eines kleinen abgetheilten Theils, gehört nach dem Beschlusse des deutschen Bundes und der National-Versammlung zu Deutschland (Unruhe auf der Linken); 2) in der Einteilung der militärischen Bezirke des Großherzogthums Posen ist bis jetzt noch keine Veränderung vorgenommen worden. Demzufolge sind drei Bataillone, etwa zur Hälfte diesseits und jenseits der Demarkationslinie zusammengezogen worden; 3) bei der Verwendung der aus dem Großherzogthum Posen entnommenen Linientruppen ist bisher keine andere Rücksichtnahme befolgt worden, als die, welche die Staatszwecke erfordern. So ist das 18. Regiment nach Preußen, das 19. nach Sachsen und das 37. nach Luxemburg gelangt worden, und es konnte also bei der Landwehr des Großherzogthums Posen keine Ausnahme gemacht werden. Es handelt sich bei diesem Kriege nicht nur um das deutsche, sondern auch um das preussische Interesse, um die Freiheit des Handels. Ich halte es deshalb auch für meine Pflicht, schließlich zu erwähnen, daß die Landwehr aus Westphalen und Posen sich willig und pünktlich eingefunden und den Kriegsschauplatz in der besten Ordnung erreicht hat.

Nach 33jährigem Frieden wird die Landwehr auf dem Schlachtfelde sicher des Ruhmes eingedenk sein, den ihre Vorfahren erwarben, und durch ihre Leistungen dazu beitragen, dem Institut in Deutschland noch mehr Eingang als bisher zu verschaffen.

Hierauf verliest der Berichterstatter von Robertus den Bericht des Central-Ausschusses der Zweiten Kammer über den Gesetzentwurf, betreffend das Anheften von Anschlagzetteln und Plakaten in Städten und Ortschaften, so wie den Verkauf und das Vertheilen von Druckschriften oder bildlichen Darstellungen in öffentlichen Straßen.

Die Commissionen entschieden sich für Beibehaltung der §§. 1. und 2. In Betreff des §. 3. war der Central-Ausschuß darin einverstanden, daß die Worte „sechs Monate“ — vermutlich nur ein Druckfehler — in „sechs Wochen“ verwandelt werden. Endlich wurde beschlossen, statt des Wortes „oder“ die Worte: „im Unvermögensfalle“ zu setzen.

Mit diesen Modifikationen bezieht sich der Central-Ausschuß die Annahme des Gesetzentwurfs zu empfehlen.

Zu dem Ausschuss-Antrage ist von dem Abgeordneten Jung folgendes Amendement eingebracht worden:

§. 1. „Ein Jeder hat das Recht, Anschlagzettel und Plakate an den Orten, wo die Eigenthümer es gestatten, anheften zu lassen, jedoch müssen dieselben von Unterzeichnung von den Bekanntmachungen öffentlicher Behörden von farbigem Papier sein. Im Uebrigen unterliegen solche Plakate den allgemeinen Bestimmungen über die Presse und Druckschriften.“

§. 2. Buch- und Kunsthändler, Antiquare, Inhaber von Leihbibliotheken oder Lesekabinetten, Verkäufer oder Fugtschriften und Bildern, Lithographen, Buch- und Steindruckere bedürfen fortan keiner besonderen Erlaubniß der Regierung mehr zur Führung ihres Gewerbes. §. 48. der allgem. Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845 ist demnach aufgehoben.

§. 3. Das Abreißen obrigkeitlicher Bekanntmachungen in den ersten 24 Stunden nach Anheftung derselben wird mit 10 Thaler oder 14tägigem Gefängniß, bei solchen von Privatpersonen erlassenen mit der Hälfte bestraft. Das Abreißen durch die Polizei darf nur in den Fällen und unter den Formen geschehen, wie dies bei Beschlagnahme von Druckschriften vorgeschrieben ist.“

Besondere stellt das Amendement: „Die Kammer wolle, ohne in die Verabredung der einzelnen §§. der Vorlage einzugehen, dieselbe als unzulässig zurückweisen.“

Der Präsident stellt das Besondere Amendement zur Unterstützung und diese erfolgt ausreißend.

Rupp und Behrens gegen, Riedel für den Entwurf.

152 Abgeordnete stimmen für, und 152 gegen das Besondere Amendement. Es ist also verworfen.

2½ Uhr. Nächste Sitzung Morgen 11 Uhr.

## Wochen-Bericht.

Die letzten Wochen waren für unser Vaterland reich an den wichtigsten Ereignissen — aber auch an getäuschten Hoffnungen. Preussens König hat den von fast allen Parteien dringend erwarteten, in den verschiedensten Gauen des Vaterlands schnellst gewünschten Schritt nicht gethan; er hat nicht durch Annahme der Krone auf Grund der vollendeten Reichsverfassung die Wirren der Revolution beendet; nicht gezeigt, daß ihm der erklärte Wille der Nation höher stehe, als das partikularistische Interesse Deutschlands. Das Volk sieht sich tief verlegt, denn die von ihm vollzogene Wahl ist nicht geachtet oder doch von der unsicheren Entscheidung der Fürsten abhängig gemacht; seine neu auslebende Begeisterung hat in der Aussicht fernerer provisorischer Zustände erkalteten müssen und die Zukunft droht mit den gefährlichsten Verwicklungen. Die Deputation der Frankfurter National-Versammlung, freudig begrüßt vom Preussischen Volke, aber tief verlegt durch die Verbote eines Brangel, welcher die unschuldigen Grenzbezeugungen für sie untersagte; zurückgestoßen von frivolen Aeußerungen hochgestellter Personen; von tiefer Trauer erfüllt über des

Königs Antwort, ist wieder nach Frankfurt geeilt. — Die Berliner Kammern, durch Parteilichkeit zerrissen, vermochten es nicht, durch einmüthige Opposition gegen das Ministerium die Beschlüsse desselben vor den Augen des Deutschen Volkes sofort bedeutungslos zu machen. — Dagegen sind in Frankfurt auch die Männer der entgegengesetzten Farbe darüber einig, daß die Verfassung unantastbar sei: daß hier schlechthin keine eigenmächtige Aenderung der Fürsten geduldet werden könne. Die nächste Zukunft wird entscheiden, ob aus der Rathlosigkeit des Augenblicks noch ein Ausweg möglich ist. Er ist möglich, wenn die Fürsten die Verfassung ohne Weiteres in dem Sinne anerkennen, daß sie nur für diejenigen verbindlich ist, welche sich dem Deutschen Bundesstaate anschließen; daß also Niemand zum Beitritt gezwungen wird; er ist möglich, wenn die National-Versammlung in keiner Weise ihre bisher gefaßten Beschlüsse zurücknimmt; als sich von selbst verkehrend aber jene Bedingung, so wie die der Revision der Verfassung durch die nächste Reichsversammlung gelten läßt. Jeder andere Schritt müßte zur Auflösung führen; zu einem Gewaltstreich der Fürsten, der in der empörendsten Weise dem Rechte süß unseres Volkes Hohn spräche, der die Revolution neu aufsteigen und die blutigen Kämpfe, wenn auch nicht augenblicklich, zur Folge haben müßte. Die Oetrohrung einer Deutschen Verfassung wäre das schlimmste Loos, das unserem Vaterlande werden könnte.

Preussens Ministerium hat seine völlige Unfähigkeit bewiesen, den Staat in würdiger Weise zu lenken in den Tagen großer Entscheidungen. Wiederholt von den Kammern angegriffen, durch die motivirte Tagesordnung wegen der Gerichtsreform von der zweiten Kammer desavouirt in einer Sache, deren Verantwortung wirklich nicht leicht wiegt, von den bedeutendsten seiner Anhänger in der Deutschen Frage scharf angegriffen und verlassen, scheint es den Grundgesetzen des constitutionellen Staatslebens, welche unbedingt seinen Rücktritt fordern, Trost bieten zu wollen. — Daß es unverantwortlich nachgiebig gegen das Verleihen des Königs gewesen und dadurch die Person des Monarchen der unerfreulichsten Kritik ausgesetzt hat, liegt nach allen Nachrichten offen am Tage. — Und doch bleiben die Männer, die jetzt eine größere Gefahr für Preußen heraufbeschwören, als sie im December abwandten, an der Spitze der Regierung!

Aber auch die beiden Kammern haben die dem gegenwärtigen Augenblicke entsprechende Würde nicht zu behaupten gewußt. Von erbärmlichen Zänkereien in der ersten Kammer hört man überall reden, zu einem großartigen Beschlusse, wie ihn das Land erwartete, ist es nicht gekommen. In der zweiten Kammer ist wenigstens das von Wichtigkeit, daß die Stellung der Parteien gegen einander jetzt hoffentlich eine andere werden wird, als bisher. Ein Theil der Rechten ist zur Opposition gedrängt worden. Die Aufgabe der Kammer ist nun, in der Deutschen Frage eine möglichst große, in sich einmüthige Majorität gegen das Ministerium zu gewinnen.

In den übrigen Deutschen Staaten hat die öffentliche Stimmung in Folge der letzten Beschlüsse zum Theil einen großen Umschwung erlitten und namentlich in Sachsen scheint ein Ermatten jenes kläglichen partikularistischen Fanatismus nicht unmöglich. Am entschiedensten kaiserlich hat sich von den in dieser Hinsicht zweifelhaften Staaten Hannover gezeigt; um so lächerlicher erscheint jene Demonstration in der Oesterreichischen Generalskonferenz. Leider sind die Kammern schlauer Weise wieder bis in den Anfang des Mai vertagt. Daß Württemberg sich, wenn auch zum Theil nicht gerade freudig, den Frankfurter Beschlüssen fügen wird, ist unzweifelhaft, und in Baiern sind wenigstens die Franken und namentlich die ehemaligen Preussischen Unterthanen im entschiedensten Kampf mit der ultramontanen altbairischen Partei. Eine Hoffnung auf eine wahrhafte Einigung Deutschlands gewährt jetzt der Dänische Krieg. Der große Erfolg bei Eckernförde hat allgemeinen Jubel erregt und das Nationalbewußtsein mächtig geweckt. Der weitere Gang des Krieges ist noch nicht recht klar. Sicher ist, daß auf dem Sundewitt geschlagen ist und zwar nicht ohne großen Verlust auf beiden Seiten. Der Sieg war bisher nur auf deutscher Seite: hoffentlich hören wir bald von einem entscheidenden Schlage.

Von der Stimmung des Oesterreichischen Volkes kann bei der plamäßigen Unterdrückung jeder freien Aeußerung nicht wohl die Rede sein. Es ist bereits so weit dort gekommen, daß alle aus dem Auslande kommenden Bücher wieder untersucht werden. Daß das Kabinet endlich die Deputierten aus Frankfurt abberief, verstand sich zu sehr von selbst, als daß irgendwie darauf Gewicht gelegt werden könnte. Daß diejenigen derselben, welche sich in Frankfurt von der schwarzgelben Farbe losgesagt haben, jetzt ihrer Heimath entsetzt und verfolgt werden, kann auch eben nicht wunderbar erscheinen. Was es aber mit dem dort fortwährend behaupteten guten Einvernehmen des Oelmügers mit dem Berliner Kabinet für eine Bewandnis habe, wird sehr bald klar werden müssen.

In Ungarn neigt sich Oesterreichs Glück. Siebenbürgen ist verloren; Bismarck hat die Russen und Oesterreicher geschlagen, hat Hermannstadt und Kronstadt genommen und Puchner in die Walachei gedrängt. Nur die Russen können ihm im Augenblicke seine Erfolge wieder entreißen; bis jetzt waren die Nachrichten über ihr Einrücken sehr unsicher. Aber auch an der Theil ist die Lage der Oesterreicher eine weit ungünstigere, als früher. Comorn hält sich trotz alles Stürmens; Dembinski hat eine, der Kaiserlichen weit überlegene, Macht gesammelt und es scheint nun zu einer großen Schlacht gekommen zu sein, über deren Ausgang noch nichts verlautet. Pesth ist jedenfalls ernstlich bedroht. Der Banus dagegen ist siegreich auf Szegedin gebrungen und bei Peterwardein sind die Oesterreicher siegreich gewesen.

Der Italienische Krieg ist überraschend schnell beendet. Er war mit der großen Schlacht an der Sessa entschieden und beglückte konnte seine Waffenstillstandsbedingungen nach Belieben dictiren. Jetzt sind nach dem Sturze des früheren Ministeriums die Kammern aufgelöst und nachdem Mailand entworfen, die noch widerstrebenden Städte bezwungen, namentlich Brescia mit großem Kraftaufwande erobert ist, wird man sich wohl über die Bedingungen des Friedens einigen können. — Nur Sena hat sich über den Ausgang des Kampfes entrüstet, losgerissen und zur Republik gemacht. Doch liegt schon wieder eine bedeutende Militärmacht vor seinen Mauern. — Florenz und Rom haben, in der Bestürzung über die Befestigung der Piemontesen Diktaturen eingest. (Beilage.)







Pfandb. Nr.	G u t.	Kreis.
23 3792	Jaroszewo	Wongrowitz
15 3154	Kunowo	Samter
70 690	Kromolice	Krotoschin
10 3268	Marzaski	Schildberg
33 4073	Myszkowo	Samter
30 3438	Macowo	Pleschen
7 4347	Michalcza	Gnesen
24 4379	Ofowice	Mogilno
22 4610	Swidnica II.	Fraustadt
	(Zedlig II.)	
23 4445	Strzypno I. u. II. und Wola duchowna	Pleschen
16 4963	Stopanowo	Samter
173 4303	Wojnowice	Buk
22 762	Wolenice	Krotoschin
23 4705	Wiewiorczyn	Schroda
13 3662	Wronczyn	Schrimm
72 3302	Xiąż (Kions)	Schrimm

## 5. Ueber 40 Rthlr.

60 3038	Daleszyn	Schrimm
32 541	Grzymysławice	Breschen
56 4571	Kobylepole	Posen
40 4523	Krzywosądowo	Pleschen
62 2320	Kresno	Schrimm
49 2908	Lusowo	Posen
40 4135	Lipowice	Krotoschin
40 3803	Lubowo	Gnesen
43 3965	Myszkowo	Samter
51 313	Owierzy	Gnesen
30 662	Pijanowice	Kröben
24 4555	Rosnowo	Posen
410 1827	Rydzyna (Reisen)	Fraustadt
419 1836	dito	dito
426 1843	dito	dito
31 2753	Swięcyn	Schrimm
89 3959	Smogorzewo	Kröben
41 919	Siedmiorogowo	Krotoschin
75 99	Stolęzyn	Wongrowitz
18 872	Strzkowo	Posen
41 4405	Tunowo	Wongrowitz
69 4168	Wapno	dito
27 787	Wrotkowo	Krotoschin
125 900	Zakrzewo	Kröben
71 1441	dito	Pleschen

## 6. Ueber 20 Rthlr.

84 1048	Brodowo	Schroda
112 3143	Bendlewo	Posen
22 2786	Chlondowo	Gnesen
38 1002	Dzierzanowo	Krotoschin
72 2299	Daleszyn	Schrimm
95 237	Dąbrowa	Bomst
70 2863	Goluchowo	Pleschen
158 3262	Gorastowo	Kosten
43 2022	Góra	Posen
13 1592	Kanino	Schrimm
59 623	Kruczowo	Mogilno
71 2316	Krajewice	Kröben
48 1837	Lubrze	Schroda
28 3001	Lukowo	Wongrowitz
101 434	Myszkowo	Mogilno
128 2723	Murzynowo kosc.	Schroda
37 3107	Niepruszewo	Buk
23 1936	Orpizewo	Pleschen
58 3529	Ostobudki	Kröben
85 1304	Rabin	Kosten
45 220	Sokolniki male (klein)	Samter
31 1520	Wszemborz	Breschen
81 1990	Zadory	Kosten

wiederholtlich auf, diese Pfandbriefe in kour-  
fähigem Zustande an unsere Kasse abzuliefern. —  
Sollte diese Einlieferung auch nicht im Laufe des  
in termino Johanni d. J. bevorstehenden Zin-  
senzahlungs-Termins erfolgen, so werden die In-  
haber nach Vorschrift der Allerhöchsten Verordnung  
vom 15. April 1842 (Gesetzsammlung pro 1842,  
Pag. 254. Nr. 14.) mit ihrem Realrechte auf die  
in dem aufgekündigten Pfandbriefe ausgeübte  
Spezial-Hypothek präkludirt, mit ihren Ansprü-  
chen auf den Pfandbriefwerth nur an die Land-  
schaft verwiesen und der baare Kapitalbetrag wird  
nach Bestreitung der Kosten des Aufgebots auf Ge-  
fahr und Kosten der Gläubiger zum landschaftli-  
chen Depostorio genommen werden.

Hierbei werden die Inhaber an die Einlieferung  
der in den früheren Terminen gelöseten, bis jetzt  
aber nicht übergebenen Pfandbriefe erinnert.

Pfandb. Nr.	G u t.	Kreis.	Verloos- ungs- Termin.
7 2453	Bronisław	Schroda	W. 47
8 2572	Bielewo	Kosten	dito
3 3785	Kotlin	Pleschen	W. 48
1 686	Deiż I. u. II.	Adelnau	W. 45
8 3975	Wojnowice	Buk	W. 48
10 3977	dito	dito	dito
1 1097	Wisniewo	Wongrowitz	dito
6 726	Zrenica	Schroda	W. 46

## 1. Ueber 1000 Rthlr.

11 1254	Czermino	Pleschen	W. 45
34 2442	Działyn	Gnesen	W. 47
19 1309	Dobrojewo	Samter	W. 45
5 1844	Kempa	dito	W. 48
13 2161	Kwiatkowo I. u. II.	Adelnau	W. 47
65 3866	Ludomy	Obornik	W. 48
14 2172	Lubrze	Schroda	dito
8 1861	Lęg	Schrimm	dito

## 2. Ueber 500 Rthlr.

11 1254	Czermino	Pleschen	W. 45
34 2442	Działyn	Gnesen	W. 47
19 1309	Dobrojewo	Samter	W. 45
5 1844	Kempa	dito	W. 48
13 2161	Kwiatkowo I. u. II.	Adelnau	W. 47
65 3866	Ludomy	Obornik	W. 48
14 2172	Lubrze	Schroda	dito
8 1861	Lęg	Schrimm	dito

Pfandb. Nr.	G u t.	Kreis.
8 2828	Popówko	Obornik
7 4026	Rzegnowo	Gnesen
53 3145	Strzowo	dito
16 1007	Sarbinowo	Wongrowitz
13 148	Sokolniki male (klein)	Samter
7 2731	Wolanki	Gnesen
24 2937	Xiąż (Kions)	Schrimm

## 3. Ueber 200 Rthlr.

34 1199	Brodowo	Schroda
16 1712	Chojno I.	Kröben
22 1026	Czermino	Pleschen
11 3291	Cieśle	Breschen
18 1144	Dzierzanowo	Krotoschin
92 1554	Dobrojewo	Samter
15 1130	Domasław maly (klein)	Wongrowitz

23 2263	Gwiazdowo	Schroda
64 754	Jaraczewo	Schrimm
12 3800	Kowalskie vel Ko-	Schroda

24 3298	Kosierzyn	Meseritz
---------	-----------	----------

12 1456	Koronowo	Fraustadt
52 3182	Kutlinowo	Krotoschin
20 2189	Międzyłisse	Wongrowitz
20 4008	Popowo tomkowe	Gnesen
160 1803	Pogrzebnowo	Adelnau
236 1322	Rydzyna (Reisen)	Fraustadt
240 1326	dito	dito
14 1546	Rumiejski ślach. (adlich)	Schroda
44 1424	Szelejewo	Krotoschin
18 1549	Storażewice	Kröben
12 385	Tarnowo	Kosten
16 2524	Węgrz II.	Adelnau
43 2866	Wojciechowo und Łowicz	Schrimm

22 523	Węgorzewo	Gnesen
8 281	Zerniki	Obornik
95 1831	Zerowo	Breschen

30 3915	Bogwidze u. Ro-	Pleschen
---------	-----------------	----------

45 2192	Bożewice	Schubin
14 3431	Chlewo	Schildberg
23 3144	Drzewce stare (Alt Driebig)	Fraustadt
25 3002	Gurówko	Gnesen
36 4001	Grodzisko	Pleschen
5 2420	Głębokie	Schroda
25 1148	Golanice (Gollmitz)	Fraustadt
40 1281	Kąsinowo	Samter
66 4140	Karły	Pleschen
95 4262	Ludomy	Obornik
13 1979	Olbachice (Ulbersdorf)	Fraustadt
7 2345	Rafowka	Schrimm
47 1654	Rabin	Kosten
60 1667	dito	dito
54 2448	Ruszbory	Schroda
52 1591	Szelejewo	Krotoschin
51 1316	Wroblewo	Samter
12 3667	Złotniki	Schroda
29 1069	Zegocin	Pleschen

45 2192	Bożewice	Schubin
14 3431	Chlewo	Schildberg
23 3144	Drzewce stare (Alt Driebig)	Fraustadt
25 3002	Gurówko	Gnesen
36 4001	Grodzisko	Pleschen
5 2420	Głębokie	Schroda
25 1148	Golanice (Gollmitz)	Fraustadt
40 1281	Kąsinowo	Samter
66 4140	Karły	Pleschen
95 4262	Ludomy	Obornik
13 1979	Olbachice (Ulbersdorf)	Fraustadt
7 2345	Rafowka	Schrimm
47 1654	Rabin	Kosten
60 1667	dito	dito
54 2448	Ruszbory	Schroda
52 1591	Szelejewo	Krotoschin
51 1316	Wroblewo	Samter
12 3667	Złotniki	Schroda
29 1069	Zegocin	Pleschen

45 2192	Bożewice	Schubin
14 3431	Chlewo	Schildberg
23 3144	Drzewce stare (Alt Driebig)	Fraustadt
25 3002	Gurówko	Gnesen
36 4001	Grodzisko	Pleschen
5 2420	Głębokie	Schroda
25 1148	Golanice (Gollmitz)	Fraustadt
40 1281	Kąsinowo	Samter
66 4140	Karły	Pleschen
95 4262	Ludomy	Obornik
13 1979	Olbachice (Ulbersdorf)	Fraustadt
7 2345	Rafowka	Schrimm
47 1654	Rabin	Kosten
60 1667	dito	dito
54 2448	Ruszbory	Schroda
52 1591	Szelejewo	Krotoschin
51 1316	Wroblewo	Samter
12 3667	Złotniki	Schroda
29 1069	Zegocin	Pleschen

45 2192	Bożewice	Schubin
14 3431	Chlewo	Schildberg
23 3144	Drzewce stare (Alt Driebig)	Fraustadt
25 3002	Gurówko	Gnesen
36 4001	Grodzisko	Pleschen
5 2420	Głębokie	Schroda
25 1148	Golanice (Gollmitz)	Fraustadt
40 1281	Kąsinowo	Samter
66 4140	Karły	Pleschen
95 4262	Ludomy	Obornik
13 1979	Olbachice (Ulbersdorf)	Fraustadt
7 2345	Rafowka	Schrimm
47 1654	Rabin	Kosten
60 1667	dito	dito
54 2448	Ruszbory	Schroda
52 1591	Szelejewo	Krotoschin
51 1316	Wroblewo	Samter
12 3667	Złotniki	Schroda
29 1069	Zegocin	Pleschen

45 2192	Bożewice	Schubin
14 3431	Chlewo	Schildberg
23 3144	Drzewce stare (Alt Driebig)	Fraustadt
25 3002	Gurówko	Gnesen
36 4001	Grodzisko	Pleschen
5 2420	Głębokie	Schroda
25 1148	Golanice (Gollmitz)	Fraustadt
40 1281	Kąsinowo	Samter
66 4140	Karły	Pleschen
95 4262	Ludomy	Obornik
13 1979	Olbachice (Ulbersdorf)	Fraustadt
7 2345	Rafowka	Schrimm
47 1654	Rabin	Kosten
60 1667	dito	dito
54 2448	Ruszbory	Schroda
52 1591	Szelejewo	Krotoschin
51 1316	Wroblewo	Samter
12 3667	Złotniki	Schroda
29 1069	Zegocin	Pleschen

45 2192	Bożewice	Schubin
14 3431	Chlewo	Schildberg
23 3144	Drzewce stare (Alt Driebig)	Fraustadt
25 3002	Gurówko	Gnesen
36 4001	Grodzisko	Pleschen
5 2420	Głębokie	Schroda
25 1148	Golanice (Gollmitz)	Fraustadt
40 1281	Kąsinowo	Samter
66 4140	Karły	Pleschen
95 4262	Ludomy	Obornik
13 1979	Olbachice (Ulbersdorf)	Fraustadt
7 2345	Rafowka	Schrimm
47 1654	Rabin	Kosten
60 1667	dito	dito
54 2448	Ruszbory	Schroda
52 1591	Szelejewo	Krotoschin
51 1316	Wroblewo	Samter
12 3667	Złotniki	Schroda
29 1069	Zegocin	Pleschen

45 2192	Bożewice	Schubin
14 3431	Chlewo	Schildberg
23 3144	Drzewce stare (Alt Driebig)	Fraustadt
25 3002	Gurówko	Gnesen
36 4001	Grodzisko	Pleschen
5 2420	Głębokie	Schroda
25 1148	Golanice (Gollmitz)	Fraustadt
40 1281	Kąsinowo	Samter
66 4140	Karły	Pleschen
95 4262	Ludomy	Obornik
13 1979	Olbachice (Ulbersdorf)	Fraustadt
7 2345	Rafowka	Schrimm
47 1654	Rabin	Kosten
60 1667	dito	dito
54 2448	Ruszbory	Schroda
52 1591	Szelejewo	Krotoschin
51 1316	Wroblewo	Samter
12 3667	Złotniki	Schroda
29 1069	Zegocin	Pleschen

45 2192	Bożewice	Schubin
14 3431	Chlewo	Schildberg
23 3144	Drzewce stare (Alt Driebig)	Fraustadt
25 3002	Gurówko	Gnesen
36 4001	Grodzisko	Pleschen
5 2420	Głębokie	Schroda
25 1148	Golanice (Gollmitz)	Fraustadt
40 1281	Kąsinowo	Samter
66 4140	Karły	Pleschen
95 4262	Ludomy	Obornik
13 1979	Olbachice (Ulbersdorf)	Fraustadt
7 2345	Rafowka	Schrimm
47 1654	Rabin	Kosten
60 1667	dito	dito
54 2448	Ruszbory	Schroda
52 1591	Szelejewo	Krotoschin
51 1316	Wroblewo	Samter
12 3667	Złotniki	Schroda
29 1069	Zegocin	Pleschen

45 2192	Bożewice	Schubin
14 3431	Chlewo	Schildberg
23 3144	Drzewce stare (Alt Driebig)	Fraustadt
25 3002	Gurówko	Gnesen
36 4001	Grodzisko	Pleschen
5 2420	Głębokie	Schroda
25 1148	Golanice (Gollmitz)	Fraustadt
40 1281	Kąsinowo	Samter
66 4140	Karły	Pleschen
95 4262	Ludomy	Obornik
13 1979	Olbachice (Ulbersdorf)	Fraustadt
7 2345	Rafowka	Schrimm
47 1654	Rabin	Kosten
60 1667	dito	dito
54 2448	Ruszbory	Schroda
52 1591	Szelejewo	Krotoschin
51 1316	Wroblewo	Samter
12 3667	Złotniki	Schroda
29 1069	Zegocin	Pleschen

45 2192	Bożewice	Schubin
14 3431	Chlewo	Schildberg
23 3144	Drzewce stare (Alt Driebig)	Fraustadt
25 3002	Gurówko	Gnesen
36 4001	Grodzisko	Pleschen
5 2420	Głębokie	Schroda
25 1148	Golanice (Gollmitz)	Fraustadt
40 1281	Kąsinowo	Samter
66 4140	Karły	Pleschen
95 4262	Ludomy	Obornik
13 1979	Olbachice (Ulbersdorf)	Fraustadt
7 2345	Rafowka	Schrimm
47 1654	Rabin	Kosten
60 1667	dito	dito
54 2448	Ruszbory	Schroda
52 1591	Szelejewo	Krotoschin
51 1316	Wroblewo	Samter
12 3667	Złotniki	Schroda
29 1069	Zegocin	Pleschen

45 2192	Bożewice
---------	----------